

Dokumentation

Kölner Arbeitgebertag
15. November 2017



13. Kölner Arbeitgebertag



13. Kölner Arbeitgebertag







Michael Jäger
Vorsitzender
ARBEITGEBER KÖLN



„Wir müssen vieles in unserem Land verändern, um unseren Wohlstand, unsere Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Frieden zu erhalten. Bei Bildung, Digitalisierung, Verkehrsinfrastruktur und der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit haben wir Nachholbedarf.“

„Die Finanzierung und Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme sind zentrale Fragen. Die Arbeitgeber fordern, in der Koalitionsvereinbarung die Gesamtbelastung der Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent festzuschreiben. Ich sehe weder einen Platz für neue Verteilungsideen noch für eine ungerechtfertigte Ansammlung von Geldtöpfen in verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung, die Begehrlichkeiten in der Politik wecken können.“

„Die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie nimmt Fahrt auf. Neben den bekannten Forderungen hat die IG Metall seit geraumer Zeit Tagesstreiks nach dem Ablauf der Friedenspflicht im Januar 2018 angekündigt. Diese Ankündigungen sorgen auf Arbeitgeberseite für große Unruhe. Auch als stellvertretender Vorsitzender von kölnmetall möchte ich an dieser Stelle dringend an die IG Metall appellieren: Behalten Sie die bisher hohe Tarifbindung unserer Mitgliedsfirmen im Blick!“

„Überzogene Tarifforderungen beschleunigen eine Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland und lösen eine Bewegung der Firmen aus dem Flächentarifvertrag aus. Unser Kölner Verband ist überwiegend durch mittelständische Firmen geprägt, für die die erhobenen Forderungen schädlich sind. Ein Abschluss, der nicht in die Zeit passt, schadet am Ende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.“

Grußwort

Dr. Stephan Keller
Stadtdirektor der Stadt Köln



„Bei den Gewerbesteuern ist ein Rekord zu vermelden, das freut uns als Stadt ganz besonders. So lagen die Einnahmen im vergangenen Jahr bei fast 1,3 Milliarden Euro und damit um rund 180 Millionen Euro über dem Haushaltsansatz. Diese Werte geben uns den nötigen Rückenwind, bis 2023 einen ausgeglichene Haushalt für die Stadt anzustreben.“

„Aufgrund der Flächenengpässe, nicht nur in Köln, rückt das Thema der interkommunalen Zusammenarbeit für uns stärker in den Fokus. Derzeit erarbeitet unser Amt für Stadtentwicklung und Statistik ein Stadtentwicklungskonzept Wirtschaft. Ziel ist der Aufbau einer langfristigen Entwicklungsperspektive für den Wirtschaftsstandort Köln.“

„Wir arbeiten in der Stadtverwaltung intensiv daran, Köln fit für die Zukunft zu machen. Dazu haben wir drei wichtige Reformprozesse initiiert. Das Projekt „Kölner Perspektiven 2030“ wird in den nächsten zwei Jahren den Kompass einer zukünftigen Stadtentwicklung erarbeiten. Unsere Verwaltungsreform nimmt dabei die inneren Prozesse der Stadtverwaltung in den Blick. Darüber hinaus erarbeiten wir derzeit Leitlinien für eine

vernünftige Bürgerbeteiligung, um unsere Bevölkerung entsprechend in die Zukunft mitzunehmen. Diese Reformprozesse können nur gemeinsam gelingen und sie bedingen sich auch gegenseitig.“

„Beim Thema Verkehr spitzt sich die Situation zu – jeder kann das morgens und abends in den Spitzenstunden des Berufsverkehrs beobachten. Mit der anstehenden Sanierung der Mülheimer Brücke wird sich die Situation noch einmal verschärfen. Aber letztere zu verschieben, ist keine Alternative, sondern würde uns im Gegenteil wegen der Aufhebung der Ausschreibung um Jahre zurückwerfen.“

„Infrastruktur ist nicht über Nacht zu verbessern und selbst dann nicht, wenn genügend Geld da ist. Um den Verkehrsfluss zu verbessern, forciert die Stadt eine Reihe von Maßnahmen, wie die Anschaffung eines neuen Verkehrsrechners und die Erneuerung der Lichtsignalanlagen, die Verbesserung des Baustellenmanagements, die Vermeidung von bestimmten Baumaßnahmen in Hauptverkehrszeiten, die Einführung eines regionalen intermodalen Verkehrsleitkonzeptes, die Fertigstellung eines LKW-Navigationskonzeptes sowie die kontinuierliche Verbesserung des innerstädtischen strategischen Straßennetzes.“



.....

Rede

Arndt G. Kirchhoff
Präsident von unternehmer
nrw und METALL NRW



„Deutschland wird als Stabilitätsanker in Europa und in der Welt angesehen. Das ist für eine Regierung – wie immer die Farbenlehre ist – eine große Verantwortung, damit wir unsere Aufgaben weiter wahrnehmen können. Das geht nur mit einer starken Wirtschaft, das geht nur mit einer starken Industrie. Wir brauchen ein neues Grundempfinden, dass ohne eine starke Wirtschaft, ohne eine starke Industrie unser Wohlstand und unsere sozialen Standards nicht zu halten sind. Wir brauchen ein Klima, in dem unternehmerisches Engagement willkommen ist und Gründergeist geweckt wird.“

„Wir müssen wegkommen von der Verteilungspolitik der letzten Jahre hin zu einer Innovations- und Investitionspolitik. Andernfalls können wir Herausforderungen wie die Digitalisierung, die Energiewende, die Mobilitätswende und die Reform unseres Bildungssystems nicht bewältigen.“

„Wir sind in Nordrhein-Westfalen noch das größte Industrieland und wir wollen das auch bleiben. Wir wissen, dass die Industrie die Basis für unseren Wohlstand ist. Wir sind das Kernland der Industrie. Dabei müssen wir aufpassen, dass wir Umwelt- und Klimaziele und die Interessen der Industrie nicht gegeneinander ausspielen. Weder das Weltklima noch der Umweltschutz haben etwas davon, wenn Produktion aus Deutschland abwandert.“

„Insbesondere Nordrhein-Westfalen mit seinen vielen energieintensiven Industrien muss aufpassen, nicht zum Verlierer der Energiewende zu werden. Dass wir am Ende CO₂-frei leben wollen, das steht außer Frage. Dass wir auf fossile Brennstoffe verzichten wollen, steht auch außer Frage. Nur wir müssen dahin kommen, ohne unsere Industrie kaputt zu machen.“

„Wir müssen Wege finden, die Energiekosten zu senken. Wenn Sie mit Industrievertretern sprechen im Zusammenhang mit einer Batteriezellproduktion in Deutschland, da kriegen Sie die Antwort: ‚Ja, wir überlegen uns das jetzt, aber in Deutschland findet das nicht statt, weil die Energiekosten zu hoch sind.‘ Das finde ich schade.“

„Wenn wir Echtzeitverarbeitung wollen, dann brauchen wir Gigabit. Mit der Digitalisierung hängen Themen wie Energiewende und Mobilitätswende zusammen. Ein digitales oder auch smartes Netz ist Voraussetzung für die Gestaltung der Energie- und Mobilitätswende.“

„Wir brauchen digitale Schulen und digitale Hochschulen. Unsere Kinder denken schon digital, aber werden sie auch digital unterrichtet? In unseren Betrieben werden unsere Mitarbeiter jeden Tag weitergebildet. Das müssen wir auch in der Schule machen, damit die Lehrer in der Lage sind, auf Augenhöhe mit den Kindern digitalen Unterricht zu erteilen.“

„Die Alleingänge in NRW müssen aufhören. Wir haben ja so einige Alleingänge gemacht, die waren von Brüssel gar nicht gefordert. Wir dürfen kein ‚gold-plating‘ betreiben, denn das ist nicht nur teuer, sondern verhindert auch manches.“

„Wir haben viel Geld für den Straßenbau, aber wir haben Planungsrückstände. Wir müssen zudem sehen, dass das Geld dafür nicht nach Bayern geht, sondern nach Nordrhein-Westfalen fließt. Wenn wir schon das größte Straßennetz mit dem größten Reparaturbedarf haben, sollte auch der nächste Bundesverkehrsminister nicht aus Bayern, sondern aus Nordrhein-Westfalen kommen.“

„Wir brauchen ein neues Grundempfinden für Sozialpartnerschaft. Was nicht geht ist, dass Politik sich in Tarifverhandlungen einmischt. Tarifautonomie gehört zu den Grundpfeilern unserer Marktwirtschaft. Man soll mir mal sagen, in welchem Teil der Erde es ein erfolgreicherer System gibt als unsere Tarifautonomie.“

„Tarifautonomie, so wie sie gemeint ist, müssen wir, die Sozialpartner, miteinander ausüben dürfen. Wir wünschen uns sogar, dass sie durch den Gesetzgeber gestärkt wird. Da muss man allerdings sagen: Das muss freiwillig bleiben. Denn ein Zwang zur Anwendung führt natürlich immer gleich zur Flucht.“

„Wir müssen an die Gewerkschaften appellieren, dass wir nicht in jeder Tarifrunde an die verteilungspolitischen Grenzen gehen und unsere Leistungsfähigkeit überstrapazieren. Was auch dazu gehört ist, nicht von hinten nach der Politik zu rufen, wenn Gewerkschaften ihre organisationspolitischen Ziele bei Tarifverhandlungen nicht erreicht haben. Wir müssen uns dann schon daran halten, dass wir das miteinander machen und nicht hintenrum hier oder da versuchen, ins Tor zu schießen.“

Rede

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes



„Wenn ich mir die Sozialpartnerschaft in Deutschland anschau, stehen wir schon in einem positiven Sinne unter Beobachtung von unseren europäischen Nachbarn, aber auch von den Amerikanern. Man möchte von uns lernen: Wie geht Sozialpartnerschaft?“

„Wir sehen Branchen und Unternehmen, die in hohem Maße Verantwortung übernehmen. Wo es auch gute Arbeit gibt. Wo es auch wettbewerbsfähige Unternehmen gibt mit Tarifbindung, mit starken Betriebsräten, je nach Unternehmensgröße auch mit einer starken Unternehmensmitbestimmung. Und es gibt die Bereiche, die leider mehr werden, die nicht tarifgebunden sind oder die auch mit Sozialpartnerschaft nichts am Hut haben.“

„Wir erleben, dass Menschen subjektiv zunehmend verunsichert sind. Und die Perspektive, die meine Eltern mir schon im Kindesalter immer mitgegeben haben ‚Dir soll es mal bessergehen‘, diese Perspektive scheint offensichtlich für viele nicht mehr da zu sein.“

„Digitalisierung wird häufig als ein Angst-, manchmal als ein Katastrophenszenario gesehen. Ich teile das nicht. Das IAB geht davon aus, dass wir digitalisierungsbedingt in den nächsten Jahren 1,5 Millionen Arbeitsplätze verlieren könnten. Tätigkeiten werden sich natürlich gravierend verändern. Aber zugleich werden auch neue Arbeitsplätze entstehen. Die Frage ist, wo entstehen diese Arbeitsplätze und unter welchen Bedingungen?“

„Ein ganz neuer Geschäftsbereich entsteht, wenn es um Digitalisierung geht. Dazu gehören neue Geschäftsmodelle, wie die sogenannte Plattformökonomie, die im Aufwind ist. Und die Menschen, die auf den Plattformen zum Teil sehr hochwertige Dienstleistungen anbieten, sind alle Selbständige, und überwiegend Solo-Selbständige. Da ist etwas im Entstehen, bei dem wir nicht tatenlos zusehen können. Was uns droht, ist ein digitales Proletariat. Zu Arbeitsbedingungen, die keinem Tarifschutz und keinem Arbeits- und Gesundheitsschutz unterliegen, schlecht bezahlt werden und für die keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden – die müssen sie selber tragen. Das ist eine Entwicklung, die mit unserer Sozialpartnerschaft gar nichts zu tun hat.“

„Das sind mögliche, disruptive Entwicklungen, die mit der Digitalisierung einhergehen. Dafür brauchen wir neue Spielregeln. Und solange ich da keinen Tarifvertrag machen kann, brauche ich mindestens ‚crash barriers‘, dann brauche ich gesetzliche Leitplanken. Die schaffen Sicherheit und ein ‚level playing field‘ für alle Beteiligten.“

„Wir sind als Sozialpartner gefordert, wenn es am Ende darum geht, den sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft zu sichern.“

„Wenn wir nur noch 49 Prozent Tarifbindung haben in diesem Land, dann kann ich nur noch für 49 Prozent der Menschen halbwegs sichere Rahmenbedingungen gestalten. Wenn ich es für die andere Hälfte der Arbeitnehmerschaft nicht mehr hinbekomme, dann brauche ich schlicht und ergreifend die Unterstützung des Gesetzgebers.“

„Wir haben nicht nur in Nordrhein-Westfalen milliardenschwere Investitionsdefizite. Die Politik der schwarzen Null ist nicht eine, die zukünftige Generationen schuldenfrei lässt. Wenn wir da nicht rangehen, sind die zukünftigen Investitionsdefizite um ein Vielfaches höher als das, was wir bei der Nullzinspolitik in den letzten Jahren schon hätten auf den Weg bringen können.“

„70% der AfD-Wähler sagen, sie haben diese Partei aus Protest gewählt. Ich würde sagen, sie haben gegen ihre eigenen Interessen gewählt. Aber das Ergebnis spiegelt den Vertrauensverlust dieser Menschen in politische Institutionen und etablierte Parteien wider. Daher müssen wir uns nicht nur um unsere Wettbewerbsfähigkeit kümmern, sondern auch darum: Wie halten wir diese Gesellschaft zusammen und wie gelingt es uns, da, wo es ungerecht zugeht, auch deutlich Abhilfe zu schaffen?“

„Die bisherige deutsche Europapolitik ist in Teilen verantwortlich für den hohen Vertrauensverlust in das einmalige Projekt der europäischen Integration. Nicht nur als Friedensprojekt, auch als Wohlstandsprojekt. Wenn die Disparitäten in der Eurozone zunehmen, dann wird Europa auf Dauer nicht das sein, was wir alle von Europa wollen.“

Interview

Valerie Holsboer
Vorstand Ressourcen der
Bundesagentur für Arbeit



„Eigentlich weiß niemand ganz genau, wie die Arbeitswelt in fünf Jahren aussieht. Unser Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht davon aus, dass im Zuge des Wandels der Arbeitswelt ungefähr 1,5 Millionen Arbeitsplätze neu entstehen und ungefähr 1,5 Millionen Arbeitsplätze vielleicht nicht mehr so gefragt sind, also wegfallen werden.“

„Dann ist natürlich die große Frage: Ist jeder Mensch, dessen Arbeitsplatz wegfällt, derjenige, der dann künftig einen der neu entstehenden Arbeitsplätze belegt? Es gehört so viel Ehrlichkeit dazu: Das wird nicht jeder sein. Eine klare Erkenntnis haben wir aber: Jeder, der überhaupt keine Ausbildung und Qualifizierung hat, wird die geringsten Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Deswegen investieren wir künftig noch stärker in die Prävention. Das heißt, wir wollen Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen lassen. Eine gute Berufsausbildung und -qualifizierung ist Dreh- und Angelpunkt im heutigen Erwerbsleben.“

„Unser primäres Anliegen ist immer die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Fehler der Vergangenheit, die mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gemacht wurden, wollen wir nicht wiederholen. Es darf keine Konkurrenz zu ‚echten‘ Jobs entstehen, die verdrängt und dann nicht mehr angeboten werden.“

„Bei der Beitragsentwicklung wird es wahrscheinlich Luft für eine moderate Anpassung geben. Zwei Punkte sind mir dabei wichtig: Wenn es bei uns gut läuft, dann läuft es doppelt gut. Wir bekommen mehr Einnahmen und müssen weniger für Arbeitslosengeld ausgeben. Wenn es dagegen schlecht läuft, dann hat dies für uns doppelt negative Auswirkungen: Wir geben mehr aus und gleichzeitig kommt weniger Geld in die Kasse. Ich fände es furchtbar, wenn daraus das Prinzip ‚rechte Tasche – linke Tasche‘ gemacht wird: Die Sozialabgaben bekommen einen Deckel von 40 Prozent und es kommt zu einem Verschiebeparkplatz in den Beitragssätzen zwischen den Zweigen der Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung.“

„Die Situation der Jobcenter, die sich um die Langzeitarbeitslosen und den Hartz IV-Bereich kümmern, ist finanziell unglaublich eng. Wir verwalten dort Unterfinanzierung und ich habe den Eindruck, dass das verstanden wurde und man bereit ist, nachzulegen. Wenn man wirklich die Langzeitarbeitslosigkeit anpacken will, dann muss man sich auch um die bessere Finanzierung im SGB II-Bereich, also im Bereich der Grundsicherung, kümmern.“

Rolf Buchwitz
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes AOK Rhein-
land/Hamburg



„Die paritätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung wird mit Sicherheit noch ein Thema werden. Die Forderung der Festschreibung des Beitragssatzes des Arbeitgeberbeitrags bedeutet natürlich einen finanziellen Vorteil für die Unternehmen.“

„Ein Grundprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung ist aber die Selbstverwaltung. Wir haben mit dem Verwaltungsrat einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat, also sprich Versicherte und Arbeitnehmer auf der einen und Arbeitgeber auf der anderen Seite. Wenn nun die Beitragssätze, die erhoben werden, zwischen beiden Lagern immer weiter auseinanderdriften, dann ist natürlich auch die paritätische Besetzung in diesen Organen in Gefahr.“

„Es darf keine Verschwendung im Gesundheitssystem geben und deswegen muss man zwischen zwei Dingen unterscheiden: Auf der einen Seite eine betriebswirtschaftlich ökonomische Betrachtung, auf der anderen Seite aber auch eine qualitative Betrachtung der Gesundheitsversorgung. Was wir im Moment vorfinden ist, dass wir in vielen Bereichen eine Überversorgung haben. Wir leisten uns zum Beispiel eine Krankenhauslandschaft, die es so in der Welt nicht gibt. Hierunter leidet auch die Qualität der Versorgung.“

„Wir beschäftigen uns gerade mit dem Thema Digitalisierung aus dreierlei Gesichtspunkten und nennen das ‚AOK 4.0‘. Zunächst einmal ist ganz wichtig – was wünscht der Kunde? Auf der anderen Seite muss dieser Servicegedanke auch im Unternehmen selbst gelebt werden. Was kann künftig digital gemacht werden, um schneller zu werden? Als drittes ist das Thema Telematikinfrastruktur ganz wichtig, bei der es letzten Endes darum geht, dass auch z. B. eine elektronische Patientenakte möglich ist.“

„Die Lebenserwartung steigt und jeder möchte möglichst lange gesund leben. Aber: In den nordischen Ländern sind die Menschen im Durchschnitt deutlich länger fit, die sogenannte gesunde Lebenserwartung ist wesentlich höher. Dort beginnen schwere chronische Erkrankungen ca. 4 bis 5 Jahre vor dem Tod. Bei uns durchschnittlich schon 12 Jahre vorher. Insofern gibt es noch sehr viel zu tun.“

„Was heutzutage immer wichtiger wird, ist das Thema Prävention und Gesundheitsförderung, um die Arbeitskraft auch lange zu erhalten. Dazu setzen wir ganz stark auf betriebliche Gesundheitsförderung und haben dafür ein eigenes Institut hier in Köln geschaffen.“

Rede

Professor Dr.
Richard Giesen
Lehrstuhl für Sozialrecht,
Arbeitsrecht und Bürgerliches
Recht, Ludwig-Maximilians-
Universität München



„Eine Grundregel, die 1955 vom Bundesarbeitsgericht entwickelt wurde, besagt: Im rechtmäßigen Arbeitskampf sind die Hauptpflichten aus dem Arbeitsverhältnis suspendiert. Das heißt, dass der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung und der Arbeitgeber die Vergütung ebenfalls nicht schuldet. Und das führte traditionell zu einem Autokorrektiv im Arbeitskampfwesen, was zur Folge hatte, dass die Rechtsprechung oft gar nicht eingreifen musste.“

„Durch das Abrücken vom Grundsatz ‚Ein Betrieb, ein Tarifvertrag‘ wurden Arbeitskämpfe von Funktionselementen, von Berufsgewerkschaften, die nicht mehr eine komplette Belegschaft repräsentieren, möglich. Wir haben hierdurch schmerzhaft Auswirkungen von Arbeitskämpfen. Nur dass sie nicht die Wirtschaft getroffen haben, sondern der Schaden überwiegend privatisiert und sozialisiert worden ist.“

„Der Regulierungsansatz des Tarifeinheitsgesetzes hatte zum Ziel, zum Prinzip ‚Ein Betrieb, ein Tarifvertrag‘ zurückkehren. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht angemahnt, einen Minderheitenschutz einzubauen, weil die Befürchtung besteht, dass die Funktionselementen in Zukunft benachteiligt werden könnten.“

„Die Strukturen der Funktionselementengewerkschaften sind nicht weiterentwickelt worden, aber sie sind geblieben. Gleichzeitig konnten wir eine Brutalisierung des Arbeitskampfes beobachten. Als Beispiel möchte ich die ‚go-sick-Aktionen‘ nennen, die sich bei Lufthansa und anderen Airlines abgespielt haben. Das ist im Prinzip ein offener Lohnbetrug.“

„Wir haben ein neues Phänomen kennengelernt – nämlich das Organisieren im Konflikt. Viele dieser Funktionselementen konnten einen Zugewinn an Mitgliedern dadurch erleben, dass sie besonders aggressiv aufgetreten sind. Und das prägt eventuell auch die großen Gewerkschaften.“

„Ursprünglich war es völlig klar: An Streik und Aussperrung sind nur die entsprechenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber beteiligt. Durch den Flashmob haben sie ein neues Phänomen. Sie können nämlich fremde Menschen in den Konflikt hineinziehen und sie einsetzen, um Belegschaften, die nicht streikwillig sind, zu ihrem Glück zu zwingen. Wir haben hier das Phänomen Fremdbestimmung. Es ist nicht mehr Tarifautonomie, sondern Tariffheteronomie“

„Das zugelassene Arbeitskampfziel ist prinzipiell der Tarifvertrag, für den keine Friedenspflicht besteht. Dass die Friedenspflicht besteht und den Arbeitskampf sperrt, hat das Bundesarbeitsgericht zuletzt noch einmal ausdrücklich bestätigt. Dabei wurde auch die sogenannte Rührei-Theorie bestätigt: Wenn sie ein rechtswidriges Arbeitskampfziel haben, auch wenn daneben ein paar rechtmäßige existieren, ist der Arbeitskampf trotzdem rechtswidrig und damit unzulässig. Die entsprechende Streikmaßnahme wurde für unrechtmäßig erklärt.“

„Das unternehmerische Handeln ist geschützt, nicht nur weil der Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz das sagt. Wenn Sie die Gewerkschaft über das unternehmerische Handeln mitentscheiden lassen könnten, würden Sie die Gewerkschaft zum Unternehmer machen. Das ist auch in sozialistischen Staaten versucht worden. Ich spreche jetzt nicht von den Nachteilen der Planwirtschaft, sondern von dem bewussten Negieren der unterschiedlichen Interessen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.“

„Das Bundesarbeitsgericht unterscheidet formal Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit des Arbeitskampfmittels. Aber weil die Gewerkschaften eine Einschätzungsprärogative bei der Bewertung von Geeignetheit und Erforderlichkeit zugestanden bekommen, fallen diese beiden Ebenen praktisch aus, so dass es schwer ist, Arbeitskampfmaßnahmen unter diesem sehr unscharfen Label der Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Vor diesem Hintergrund stehen wir vor einem echten Problem, wenn wir uns beispielsweise die jetzt angekündigten neuen Systeme der 24-Stunden-Streiks anschauen.“

„Wir haben einen erheblichen Verlust der herkömmlichen, ökonomischen Selbststeuerungskräfte. Das was ich Ihnen eingangs erzählt habe, ist teilweise erodiert, funktioniert nicht mehr, so dass zunehmend Konflikte zu den Gerichten getragen werden.“

„Was wäre das für eine Forderung, die an ein Arbeitskampfgesetz gestellt werden müsste? Wir bräuchten tatsächlich einen Verfahrensrahmen, das heißt, Schlichtungsversuche, Vorankündigungsfristen für Arbeitskampfmaßnahmen, Verhandlungspflichten, eventuell sogenannte Cool-down-Phasen, die man aus anderen Verhandlungsmodellen kennt und eventuell sogar Urabstimmungserfordernisse. Das ist dasjenige, was eventuell der Gesetzgeber leisten muss, wenn die Gerichte es nicht schaffen, dieses Eskalationsmodell wieder einzufangen und zu diesen Autokorrektursystemen zurückzukehren.“

13. Kölner Arbeitgebertag

Sponsoren



Hauptsponsor



Unterstützer



Dank für die Unterstützung



AOK Rheinland/Hamburg
Die Gesundheitskasse.



An-Institut



Ihre Experten für Transferprojekte in der Industrie



- Wir strukturieren für Sie den Ablauf des Personalabbaus
- Wir übernehmen für Sie die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit
- Wir kümmern uns verantwortlich und professionell um Ihre betroffenen Mitarbeiter
- Wir erhöhen gemeinsam mit Ihnen die Akzeptanz für die unternehmerische Entscheidung und schützen so Ihr gutes Unternehmensimage

Der Perspektiven-Entwickler der Industrie: www.provadis-transfer.de

E-Mail: info@provadis-transfer.de • Tel: +49 221 995709-0

Der Fachkräfte-Vermittler für Professionals in der Chemie- und Pharmaindustrie

Unser Business:

*Finden, was schwer
zu finden ist.*



Die Provadis Professionals GmbH unterstützt Unternehmen bei der Gewinnung von Fach- und Führungskräften aus der Chemie-, Pharma- und der verwandten Prozessindustrie. Gemeinsam mit Ihnen führen wir eine auf Ihre Zielpersonen ausgerichtete Bedarfsanalyse durch und greifen auf ein einzigartiges Netzwerk von Bewerbern zurück.

Hier stimmt die Chemie: www.provadis-professionals.de



ARBEITGEBER KÖLN

Herwarthstraße 18–20, 50672 Köln

Telefon: 0221 . 579 04-11

Telefax: 0221 . 579 04-55

www.arbeitgeber-koeln.de

kölnmetall | Arbeitgeberverband der
Metall- und Elektroindustrie Köln e. V.
Telefon: 0221 . 579 04-0

Arbeitgeberverband Chemie Rheinland e.V.
Telefon: 0221 . 92 13 09-0

Arbeitgeberverband der Papier, Pappe
und Kunststoffe verarbeitenden Industrie Köln e.V.
Telefon: 0221 . 579 04-0

WIGADI RHEINLAND Köln - Aachen - Bonn e. V.
Telefon: 0221 . 99 77-110

Kreishandwerkerschaft Köln
Telefon: 0221 . 207 04-0

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Telefon: 0221 . 257 01 51

Arbeitgeberverband der
Zuckerindustrie Nordrhein-Westfalens e.V.
Telefon: 0221 . 579 04-0

Arbeitgeberverband Bonn und Rhein-Sieg-Kreis e.V.
Telefon: 0228 . 20 18 20

Arbeitgeberverband der Metall- und
Elektroindustrie Rhein-Wupper e.V.
Telefon: 02171 . 73 92-0

Unternehmerschaft Rhein-Wupper e.V.
Telefon: 02171 . 73 92-0

Kölner Zentrum für Arbeitsmedizin e.V.
Telefon: 02 21 . 473 20-0

Fotos: Jennifer Zumbusch